

## Ausschreibung der Funktion der Leitung der Fallabteilung A in der Bundeswettbewerbsbehörde

Gemäß den §§ 4 und 5 des Ausschreibungsgesetzes 1989 i.d.g.F. wird die Funktion eines Abteilungsleiters / einer Abteilungsleiterin der Fallabteilung A in der Bundeswettbewerbsbehörde ausgeschrieben (Arbeitsplatzwertigkeit A 1/5 bzw. v1/4) in der Regelstufe.

<b>Wertigkeit/Einstufung:</b>	A1/5 bzw v1/4
<b>Dienststelle:</b>	Bundeswettbewerbsbehörde
<b>Dienstort:</b>	Wien
<b>Vertragsart:</b>	Unbefristet
<b>Befristung:</b>	
<b>Beschäftigungsausmaß:</b>	Vollzeit
<b>Beginn der Tätigkeit:</b>	01.02.2024
<b>Ende der Bewerbungsfrist:</b>	22.02.2024
<b>Monatsentgelt/bezug mindestens:</b>	EUR 4.154,- brutto (A1/5) bzw. EUR 5.268,9 brutto (v1/4) Regelstufe
<b>Referenzcode:</b>	BMAW-24-0031

### Aufgaben und Tätigkeiten

Durchführung von Ermittlungen, Fusionskontrolle, Pränotifikationsverfahren, Sektorale Expertise u. Wissensmanagement, Vorbereitung von Verfahren in den der Fallabteilung A zugeordneten Sektoren: Energie, Grundstoffe, Umwelt, Entsorgungswirtschaft und

Chemie, Verkehr, Fahrzeugbau, Bauwirtschaft, Immobilien, Landwirtschaft, Handel, Industrieproduktion und sonstige Dienstleistungen; Angelegenheiten des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG);

Angelegenheiten des Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz (FWBG); Angelegenheiten der Verordnung 2019/1150 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten B2B-VO;

Die Bundeswettbewerbsbehörde wurde am 1. Juli 2002 auf Grundlage des Wettbewerbsgesetzes gegründet und ist organisatorisch dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft beigeordnet. Sie wurde mit dem Ziel eingerichtet, funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen und Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen im Sinne des KartG 2005 oder der Europäischen Wettbewerbsregeln im Einzelfall entgegenzutreten sowie die Anwendbarkeit des KartG 2005 in Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht zu gewährleisten. Näheres ist der Website der Bundeswettbewerbsbehörde

## **Erfordernisse**

Allgemeine Voraussetzungen für die Betrauung mit der ausgeschriebenen Funktion sind:

- Österreichische Staatsbürgerschaft;
- Bestehen eines Dienstverhältnisses zum Bund bzw. Erfüllung der allgemeinen Aufnahmeerfordernisse des § 3 Vertragsbedienstetengesetz i.d.g.F.;
- Abschluss eines rechtswissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsstudiums; weitere fachspezifische Ausbildungen sind von Vorteil;

Zur Beurteilung der persönlichen und fachlichen Eignung der Bewerber/-innen werden folgende Kenntnisse und Fähigkeiten herangezogen:

- 1) Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf den der Abteilung zugewiesenen Aufgabengebieten insbesondere betreffend die Vorbereitung und Durchführung von kartellrechtlichen Ermittlungen unter Anwendung moderner Ermittlungsmethoden und von Verfahren der Fusionskontrolle
- 2) Initiative, Gestaltungswille, Strategie- und Zielorientierung, Fähigkeit zu vernetztem und analytischem Denken
- 3) Managementfähigkeit, Organisations- und Koordinationsfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Umsetzungsorientierung
- 4) Verhandlungsgeschick, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Überzeugungskraft, Repräsentationsfähigkeit
- 5) Erfahrung in der Mitarbeiter- und Teamführung, Team- und Motivationsfähigkeit
- 6) Englischkenntnisse (verhandlungssicher); weitere Sprachkenntnisse sind von Vorteil. Die unter Pkt. 1) bis 6) angeführten Kenntnisse und Fähigkeiten werden bei der Eignungsbeurteilung mit folgender Gewichtung berücksichtigt: 1) 30%, 2) 15%, 3) 15%, 4) 15%, 5) 20%, 6) 5%.

## **Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges**

Gemäß § 5 Abs. 2a Ausschreibungsgesetz 1989 sind Erfahrungen aus qualifizierten Tätigkeiten oder Praktika im Gesamtausmaß von mindestens sechs Monaten in einem Tätigkeitsbereich außerhalb der Dienststelle (z.B. Wirtschaftsunternehmen, bei einer Einrichtung der Europäischen Gemeinschaften oder bei einer sonstigen zwischenstaatlichen Einrichtung) erwünscht.

Der Monatsbezug/Das Monatsentgelt beträgt EUR 4.154,- brutto (für Beamtinnen und Beamte) bzw. EUR 5.268,90 brutto (für Vertragsbedienstete). Dieser Betrag kann sich auf Grundlage der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Bezugs- bzw. Entlohnungsbestandteile erhöhen.

Da das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft bemüht ist, den Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen zu erhöhen, werden nachdrücklich Frauen zur Bewerbung eingeladen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass nach § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes Bewerberinnen, die für die angestrebte Verwendung (Funktion) gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Mitbewerber bei der Betrauung mit der Funktion bevorzugt werden, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

## **Kontaktinformation**

Im Bewerbungsschreiben sind die Gründe anzuführen, die die Bewerberin / den Bewerber für die Bekleidung der ausgeschriebenen Funktion als geeignet erscheinen lassen. Die Bewerberinnen/ Bewerber werden eingeladen, ihre Vorstellungen über die Funktionsausübung im Rahmen ihrer schriftlichen Bewerbung darzustellen.

Bitte übermitteln Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (Bewerbungsschreiben, tabellarischer Lebenslauf und Zeugniskopien) unter Angabe der Gründe, welche Sie als Bewerberin bzw. den Bewerber für diesen Arbeitsplatz als geeignet erscheinen lassen an [dienststellen@bmaw.gv.at](mailto:dienststellen@bmaw.gv.at). Für etwaige Fragen können Sie sich an Frau Mag. Sandra Mayer wenden